

# Offene Worte

Online Nr. 46

Zeitung der LINKEN für den Barnim 30. August 2020, 30. Jahrg.

## Andere Bundesländer zahlen 1.180 Euro fiktiven Unternehmerlohn für Soloselbstständige.

### Warum geht das in Brandenburg nicht?

CDU, SPD und Grüne lehnten am 28. August einen Antrag der LINKEN für den Lebensunterhalt von Kleinstgewerbetreibenden im Landtag ab

Am 28. August hat die Landesregierung die Katze aus dem Sack gelassen: Es wird keine finanziellen Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes für die 121.800 Brandenburger Selbstständigen geben. Über 69.000 von ihnen haben keine Beschäftigten.

Warum geht in Brandenburg nicht, was in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Thüringen möglich ist? Diese Länder zah-

len inzwischen einen fiktiven Unternehmerlohn bzw. einen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes in Höhe von bis zu 1.180 Euro pro Monat aus, wenn die Soloselbstständigen oder Kleinstgewerbetreibenden coronabedingt ihren Umsatz einbüßen. DIE LINKE hatte die Landesregierung aufgefordert, gleiches zu tun. Das hat sie erneut abgelehnt. Von den geplanten 2 Milliarden Euro für Co-



rona-Hilfen in Brandenburg wurden bisher erst 700 Millionen zur Verfügung gestellt. Es ist unverständlich, warum CDU, SPD und Grüne hier nicht helfen wollen.

Darüber hinaus hat DIE LINKE einen Bestands- bzw. Vertrauensschutz für die im Rahmen des Förderprogramms „Soforthilfe Corona Brandenburg“ an Selbstständige, Freiberufler und Kleinstunternehmer\*innen ausbezahlten Zuschüs-

se gefordert. Das Land sollte auf Rückforderungen verzichten, sofern die Antragsteller nicht in betrügerischer Absicht gehandelt haben. Auch dies wurde abgelehnt.

Fazit: Die Landesregierung handelt fahrlässig. Sie unterlässt es, die Solo-Selbstständigen in der Corona-Krise zu unterstützen.

**Sebastian Walter,**  
Fraktionschef der LINKEN  
im Landtag Brandenburg

## Bus, Bahn, Rad: Verkehrswende sozial gestalten

Interview mit Fritz Viertel, Landesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland, zur aktuellen Volksinitiative

Sie sind Vorsitzender des VCD Brandenburg. Was ist der VCD?

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) wurde einst als ökologische Alternative zum ADAC gegründet. Vor allen Dingen sind wir jedoch eine Organisation, die sich politisch für eine Verkehrswende einsetzt – weg vom Auto, hin zu Bahn, Bus, Fahrrad und den eigenen Füßen.

Wie stehen Sie zu Arbeitsbedingungen zum Beispiel der Busfahrer\*innen?

Unser Leitspruch lautet „Mobilität für Menschen“. Das ist keine Einbahnstraße. Die ökologische Verkehrswende wird nur gelingen, wenn sie auch sozial ist. Die oft kommunalen Verkehrsunternehmen und ihre Beschäftigten sind für uns unverzichtbare Partner. Weniger Autoverkehr ist nur mit mehr Angebot bei Bussen und (Straßen-)Bahnen zu erreichen. Die muss jemand fahren. Wenn die Löhne für das Fahrpersonal in Brandenburg bundesweites Schlusslicht bleiben, wird das nicht gelingen.

Der VCD ist Mitinitiator der Volksinitiative „Verkehrswende in Brandenburg

jetzt“. Was sind die wichtigsten Forderungen der Volksinitiative?

Der Anteil der Wege, die wir in Brandenburg mit Bahnen, Bussen, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen, muss sich bis 2035 auf rund 80 Prozent verdoppeln. Bis 2050 muss der Verkehr hierzulande klimaneutral sein. Die Voraussetzung für diese Verkehrswende ist, dass es überall im Land echte Alternativen zum Auto gibt. Wir brauchen deutlich mehr Bus- und Bahnverbindungen, mehr und bessere Radwege sowie mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrerinnen. Wir fordern, dass der Landtag ein Mobilitätsgesetz verabschiedet, in dem diese Ziele verankert und konkrete Maßnahmen festgeschrieben werden.

Warum sollten LINKE die Volksinitiative besonders unterstützen?

Mobilität darf in Zukunft nicht mehr vom Besitz eines eigenen



Fritz Viertel

Foto: privat

Autos abhängig sein. Denn das schadet dem Klima und damit uns Menschen, ist sozial ungerecht, weil sich ärmere Menschen viel seltener einen Pkw leisten können. Ein sozial-ökologischer Umbau unserer Gesellschaft, wie DIE LINKE ihn anstrebt, wird ohne Verkehrswende nicht gelingen. Außerdem

steht DIE LINKE für Erhalt und Ausbau der öffentlichen Grundversorgung ein. Mobilität zählt dazu.

Zur Verkehrswende gehört die Verkehrsvermeidung. Und die gelingt nur mit kurzen Wegen zur Arbeit, zum Einkauf, zum Arzt. Auf dem Land darf soziale Infrastruktur nicht weiter ausgedünnt werden, weil so auch immer längere Wege entstehen.

Wie kann man die Initiative konkret unterstützen?

Wir haben etwas mehr als die Hälfte der nötigen 20.000 Unterschriften für die Volksinitiative zusammen und nur noch **bis 31. Oktober** Zeit. Deshalb brauchen wir dringend Hilfe! Die Listen kann man auf unserer Webseite selbst ausdrucken oder sich kostenfrei von uns zuschicken lassen.

Mehr Infos unter: [www.verkehrswende-brandenburg.de](http://www.verkehrswende-brandenburg.de). Interview: M. Günther

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am  
2. September